



Review

Reviewed Work(s): The Rise of Christian Democracy in Europe by Stathis N. Kalyvas

Review by: Karsten Grabow

Source: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 39, No. 2 (Juni 1998), pp. 435-436

Published by: Nomos Verlagsgesellschaft mbH

Stable URL: <http://www.jstor.org/stable/24199090>

Accessed: 28-03-2017 22:47 UTC

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at

<http://about.jstor.org/terms>



Nomos Verlagsgesellschaft mbH is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to
Politische Vierteljahresschrift

die von den Protagonisten zur Selbsteinschätzung benutzten Begriffe inhaltlich nur selten deckungsgleich sind.

Insgesamt kann Ute Schmidts Pionierarbeit allen empfohlen werden, die sich über die innere Entwicklung der CDU in den neuen Ländern informieren wollen. Die Thesen des Werkes bieten Ansatz- und Reibungspunkte (nicht nur) für die weitere CDU-Forschung.

Stathis N. Kalyvas: The Rise of Christian Democracy in Europe. Ithaca, London: Cornell University Press 1996, 300 S., £ 15,50.

Karsten Grabow

Stathis Kalyvas entwickelt in diesem Buch eine Theorie der Entstehung der Christlichen Demokratie in Westeuropa von hoher Qualität. Sie ist knapp und präzise (der Erklärung liegen im Sinne der methodischen Forderung nach 'parsimony' nur drei leicht überprüfbare unabhängige Variablen zugrunde), gleichzeitig allgemein genug, um in allen sechs Fällen, die in dieser Untersuchung als Fallstudien dienen, zu bestehen. Darüber hinaus enthält sie detaillierte Informationen über die zeitgenössischen Diskussionen und Hintergründe der Entwicklung bzw. Nicht-Entwicklung konfessioneller Parteien in Westeuropa.

Die Arbeit unterscheidet sich von bekannten, funktionalistisch argumentierenden Ansätzen der Formation politischer Parteien (z.B. der cleavage-Theorie). Kalyvas macht deutlich, daß der Konflikt zwischen Kirche und Liberalen nicht „automatisch“ zur Bildung von konfessionellen Parteien (in diesem Falle katholischen) führte, sondern daß der Herausbildung dieser Partien kontextabhängige Entscheidungen von Akteuren zugrunde lagen. Insofern handelt es sich um einen akteursorientierten Ansatz, der auf Grundlage einer „dünnen“ (16) rationalen Entscheidungstheorie die Entstehung katholischer Massenparteien in Westeuropa erklärt.

Drei Akteure spielen im Prozeß der Entstehung der katholischen Parteien die Hauptrolle: die katholische Kirche sowie konservative und liberale Politiker in den jeweiligen Ländern.

Kalyvas argumentiert, daß die Entstehung konfessioneller Parteien gegen Ende des 19.

Jahrhunderts das nicht intendierte Resultat einer Koalition zwischen katholischer Kirche und konservativen Politikern war, die beide in Form eines Tauschs eingingen, um ihre jeweiligen Interessen in Auseinandersetzung mit den Liberalen zu befriedigen (76-81, 108-13). Angesichts der Attacken der Liberalen gegen die Privilegien des Klerus, insbesondere in der Frage des Bildungsmonopols, hatte die Kirche die Wahl zwischen zunächst zwei Optionen: Einen Kompromiß mit den in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überall regierenden Liberalen zu schließen oder Organisationen außerhalb des politischen Systems aufzubauen, mit deren Hilfe eine katholische Subkultur in Zeiten anhaltender Säkularisierung konserviert werden sollte (71). Die Organisationsbildung, der die Kirche nach anfänglichem Zögern in fünf der sechs untersuchten Ländern zustimmte, wurde zur wichtigsten Grundlage für die spätere Parteienbildung (74). Denn den katholischen Massenorganisationen gelang es (zum Verdruß der Kirche), innerhalb der katholischen Bevölkerung eine politische, d.h. säkulare Identität zu schaffen, die es in der Folgezeit zu verteidigen galt. Da die Liberalen ihre Attacken gegen die katholischen Bewegungen verschärfte, sah die Kirche keine andere Alternative, als mit den erfolgreich etablierten Organisationen am politischen Prozeß, d.h. an den Wahlen teilzunehmen (Partizipationsstrategie). Es kam zur Bildung von Wahlbündnissen mit den Konservativen, die von der organisatorischen Infrastruktur der katholischen Massenbewegungen zu profitieren hofften und ihrerseits Religion bzw. die Verteidigung von Privilegien der Kirche zu Wahlkampfthemen machten. Was als Zweckbündnis zwischen den konfessionellen Bewegungen und den Konservativen begann, und von den Koalitionären – insbesondere von Kirche und Konservativen – als temporäre Liaison gedacht war, entwickelte sich zu machtvollen politischen Organisationen und schließlich in fünf von sechs Fällen zu christlichen Parteien, in denen die konservativen Politiker mehr und mehr von laizistischen Parteiaktivisten verdrängt wurden. Die Liberalen, aber auch die Kirche selbst, unterschätzten die mobilisierende Kraft der Religion, auf deren Grundlage die Wahlbündnisse die Parlamente erstürmten. Denn nachdem die katholischen Massenorganisationen erst einmal am politischen Prozeß und an den Wahlen teilnahmen, wandelten sie sich zu „... electoral

machines that proved to be a powerful political weapon" (99). So fiel die Kirche schließlich, die ursprünglichen nie am politischen Prozeß teilnehmen wollte, dem Erfolg ihrer eigenen Strategie (Organisation) zum Opfer (24, 112) und verlor mit Etablierung der konfessionellen Parteien das Repräsentationsmonopol der katholischen Bevölkerung. Aber die Bildung der ersten Massenparteien, die schließlich zur (vorläufigen) Konsolidierung der parlamentarischen Demokratie in den untersuchten Ländern führte, war vollzogen.

Die detaillierten Fallstudien am Ende der Untersuchung bestätigen die entwickelte Theorie, sowohl in positiver (Belgien, Deutschland, Italien, Niederlande und Österreich) als auch in negativer Sicht (Frankreich).

Stathis Kalyvas hat mit dieser Studie einen interessanten Beitrag geleistet, die von Seymour Martin Lipset beobachtete Schlagseite der Analyse politischer Parteien auszugleichen, indem er die Entstehungsbedingungen und die Entwicklung einer nicht-sozialistischen demokratischen Massenbewegung betrachtete. Über den substantiellen Kern hinaus bietet es ein bemerkenswertes Beispiel für die Anwendung der rationalen Entscheidungstheorie und ebenso bemerkenswerte Folgerungen aus den sogenannten „pervasive effects“. Genau diese Folgerungen machen das Buch auch für jene wertvoll, die sich mit sozialen Bewegungen, Parteien und politischen Organisationen im allgemeinen beschäftigen.

TRANSFORMATION

Andreas Eisen, Hellmut Wollmann (Hg.): Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik. Opladen: Leske + Budrich 1996 (KSPW-Schriftenreihe Transformationsprozesse, Bd. 14), 422 S., DM 48,-.

Jan Wielgohs

Probleme eines beschleunigten „Auf- und Umbaus“ staatlicher Institutionen bilden einen zentralen Themenbereich der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung. Neue formale Organisationsstrukturen und Legalnormen der politisch-administrativen Koordi-

nation werden allerdings nur in dem Maße zu *Institutionen*, in dem sie im Verhalten von Akteuren und Adressaten Geltung erlangen. „Institutionen“, so die Herausgeber der hier vorliegenden Textsammlung, „umfassen (...) die Strukturen politischer Koordination sowie die kollektiven Sinnwelten, die ihnen Stabilität und Legitimität verleihen“ (21). Die Heterogenität dieser „kollektiven Sinnwelten“ impliziert eine gewisse Variationsbreite der Verhaltens- und Interaktionsmuster, in denen politische bzw. administrative Akteure die ihnen abgeforderten Koordinations- und Verwaltungsleistungen erzeugen und damit zugleich die Legitimität der formalen – und in diesem Sinne „abstrakten“ Organisationsstrukturen und Verfahrensnormen reproduzieren, d.h. diese erst zu Institutionen „konkretisieren“. Im Hinblick auf die politische Institutionenbildung in Ostdeutschland stellt sich damit die Frage nach der Kompatibilität bzw. Inkompatibilität der bundesdeutschen Organisationsstrukturen und Legalnormen mit den „kollektiven Sinnwelten“ ostdeutscher Politik- und Verwaltungsakteure.

Der vorliegende Band weist in einigen der vierzehn Beiträge über den *mainstream* der institutionenbezogenen „Vereinigungsliteratur“ hinaus. Hervorzuheben ist Wolfgang Seibels Erklärung für die – als Imitation, Innovation und Persistenz gekennzeichneten – regional und sektorale divergierenden Verlaufsformen staatlicher Institutionenbildung in Ostdeutschland, die er im wesentlichen auf drei Variablen zurückführt: (1) den Verflechtungsgrad verschiedener verwaltungspolitischer Strategien, (2) die „Binnenrigidität“ der verwaltungspolitischen Generaloption der jeweiligen Landesregierung und (3) die Hegemoniefähigkeit der jeweiligen als „epistemic communities“ verstandenen Expertengemeinschaften. Besonders aufschlußreich, auch im Hinblick auf die noch ausstehende Bewältigung des globalisierungsbedingten Reformbedarfs, scheint seine Interpretation der Organisationskarriere der Treuhandanstalt als gleichsam verstetigte, institutionalisierte Verfassungswidrigkeit: Sie verweist auf eine „Pathologie der Systemeigenschaften des deutschen Verfassungsstaates“, der „für das Zusammentreffen von verfassungsstrukturellen und wirtschaftsstrukturellen Transformationsproblemen (...) keine angemessenen Problemverarbeitungsstrukturen bereithält“ (400).

Weitere konzeptionelle Anregungen finden